



Verbraucherschutz: Wie werden Konsumentinnen und Konsumenten staatlich geschützt?

Der Konsum von Produkten, Waren und Dienstleistungen ist integraler Bestandteil einer jeden Marktwirtschaft. Kontrovers wird diskutiert, inwiefern staatliche Eingriffe notwendig erscheinen, um marktregulatorisch zu wirken – auch im Hinblick auf Verbraucher-/Konsumentenschutz. Befürwortende eines ausgeprägten Verbraucherschutzes sehen die Entscheidungsfähigkeit der Verbrauchenden durch die Strategien und Techniken des Konsumgütermarketings und durch die Informationsasymmetrie von Verbrauchenden und Unternehmern deutlich eingeschränkt. Sie gehen von einer unterlegenen Position gegenüber den Anbietern aus. Gegner eines ausgeprägten Verbraucherschutzes argumentieren, dass der Wettbewerb der beste Verbraucherschutz sei. Zudem konterkariert die staatliche Überregulierung die Konsumentensouveränität.

In dieser Unterrichtseinheit erörtern Lernende, wieso Verbrauchende geschützt werden müssen und wer darauf achtet, dass die Regelungen zum Verbraucherschutz eingehalten werden bzw. woran Verbrauchende erkennen, dass sie „geschützt“ werden. Die Fishbowl-Diskussion behandelt eine aktuelle wirtschaftspolitische Fragestellung.

Überblick

Themenbereich	Soziale Marktwirtschaft → Verbraucherschutz
Anforderung	Gesamtschule
Klassenstufe	Klasse 9/10
Vorwissen	–
Zeitbedarf	2 Unterrichtsstunden
Methode	Fishbowl-Diskussion, Gruppenpuzzle, Karikaturanalyse
Kompetenzen	Die Schülerinnen und Schüler ... <ul style="list-style-type: none">◆ erarbeiten erste Kenntnisse über Verbraucherrechte und -schutz.◆ beschreiben die Notwendigkeit und Möglichkeiten staatlicher Verbraucherpolitik.◆ erkennen, inwiefern sie als Konsumierende von staatlichem Verbraucherschutz betroffen sind und beurteilen die Sinnhaftigkeit einzelner Maßnahmen zum Verbraucherschutz.
Schlagworte	(Markt-)Regulierung, Verbraucherschutz
Autor	Michael Freund
Redaktion	Friedrich Verlag
Produktion	Klett MINT (Juni 2022)



Unterrichtsverlauf

Zeit	Phase	Inhalte	Materialien	Tipps/Hinweise
1. Unterrichtsstunde				
5' 	Einstieg	SuS werden durch eine Karikatur in den Themenbereich eingeführt; SuS verbalisieren ihr Vorwissen.	M1 Karikatur	Unterrichtsgespräch; geeignete Impulse helfen, das Gespräch zu lenken
10' 	Erarbeitung I	SuS schauen die Econovela und machen sich Notizen über Grundlegendes zum Verbraucherschutz; SuS konkretisieren Vorwissen.	Econovela: „Verbraucherschutz: Da braucht man kein Karma.“ Arbeitsblatt: Econovela zum Verbraucherschutz	Einzel- oder Partnerarbeit Besprechung der Arbeitsaufträge im Plenum
30' 	Erarbeitung II und Sicherung I	SuS erarbeiten in Form eines Gruppenpuzzles das Thema.	M2 Gruppenpuzzle zum Verbraucherschutz (Gruppen A bis D) Arbeitsblatt: Laufzettel zum Gruppen- puzzle Verbraucherschutz	Differenzierung: SuS bearbeiten zur Vertiefung jeweils die Hausaufgabe. Schnelle SuS können dies auch während des Gruppen- puzzles im Unterricht bearbeiten. Aufgabe 3d) dient der Sicherung. Leistungs- schwächere SuS können die Infobox nutzen. Einleitung der einzelnen Phasen durch die Lehrkraft.
2. Unterrichtsstunde				
10' 	Sicherung II	SuS präsentieren ihre Lernprodukte. Sie besprechen die Aufgaben im Plenum und bewerten anschließend die Arbeitsergebnisse anhand geeigneter und vorher festgelegter Kriterien.	Arbeitsblatt: Laufzettel zum Gruppenpuzzle Verbraucherschutz	Evtl. Dokumentenkamera zur Präsentation der Ergebnisse durch die SuS
10' 	Sicherung III	SuS bearbeiten durch Infotexte und Laufzettel ein Arbeitsblatt.	Arbeitsblatt: Wie gut kennst du dich mit Verbraucher- schutz aus?	SuS bearbeiten zuerst in Einzelarbeit, kontrollieren anschließend in Partnerarbeit; Besprechung der Arbeits- aufträge im Plenum
25' 	Vertiefung	SuS beschäftigen sich mit einem aktuellen Ziel der Ampelkoalition. Sie vertreten ihre Meinung und begründen ihre Position in einer Diskussion.	M3 Verbraucherpolitische Ziele der Bundes- regierung	Diskussion mittels der Fishbowl-Methode ; anschließend kurze Reflexion

Bedeutung der Symbole

Die Symbole zeigen an, für welche Niveaustufe(n) die Aufgabe / das Arbeitsblatt angedacht ist:



Grundlegendes Niveau



Mittleres Niveau



Erweitertes Niveau

Manchmal bearbeiten Schülerinnen und Schüler mehrerer oder aller Niveaustufen dieselbe Aufgabe / dasselbe Arbeitsblatt.



Dieses Symbol findest du auf den Arbeitsblättern. Die dort gestellten Aufgaben kannst du direkt auf dem Arbeitsblatt lösen.



Der Wegweiser gibt an, dass du hier zwischen unterschiedlichen Arbeitsblättern, Aufgaben oder auch Sozialformen (Einzel-, Partner- oder Gruppenarbeit) wählen kannst. Deine Wahl kannst du ganz nach deinem Interesse bzw. Leistungsstand treffen.



Diese Symbole zeigen dir an, dass du die Aufgabe zusammen mit einem oder mehreren Mitschülerinnen bzw. Mitschülern bearbeiten sollst. Dabei könnt ihr euch untereinander austauschen und so als Team an einer gemeinsamen Lösung arbeiten.



Das Ausrufezeichen weist dich auf eine wichtige Information oder einen Merksatz hin.

M1

Karikatur

**Econovela: „Verbraucherschutz: Da braucht man kein Karma.“**

In dieser Folge erleben Justus, Selina und Yara hautnah, wie sich schlechtes Karma beim Kauf eines Hoverboards auswirken kann. Zum Glück gibt es da einen smarten Besserwisser, der ihnen auf die Sprünge hilft.



Arbeitsblatt: Econovela zum Verbraucherschutz

Welche Organisation hat über die Rückrufaktion des Hoverboards informiert?

Welche weiteren Organisationen, die Verbraucherinnen und Verbraucher unterstützen will, werden ebenfalls erwähnt?

Wie erreichen diese Einrichtungen die Konsumentinnen und Konsumenten?

Welche Gründe werden genannt, warum Verbraucherschutz notwendig ist?

Welche Methoden wenden Unternehmen an, um ihre Produkte besser verkaufen zu können?

Aufgaben



1

Schau dir gemeinsam mit deiner Klasse die Karikatur (M1) an und überlege, was du schon über Verbraucherschutz weißt. Berücksichtige folgende Fragen:

- Wen sollen Verbraucherschutzzentralen schützen?
- Welche Rolle spielen Politikerinnen und Politiker beim Verbraucherschutz?
- Wovor muss die Verbraucherschutzzentrale eigentlich schützen?



2

Schau dir die Episode „Verbraucherschutz: Da braucht man kein Karma.“ an. Mache dir dabei alleine oder mit einer Partnerin / einem Partner Notizen zu den Fragen auf dem Arbeitsblatt. Vergleicht anschließend eure Ergebnisse in der Klasse.

M2

Gruppenpuzzle zum Verbraucherschutz

D

Verbraucherschutz

Verbraucherschutz ist die Gesamtheit der rechtlichen Vorschriften, die die Verbraucherinnen und Verbraucher vor Benachteiligungen im Wirtschaftsleben schützen und deren rechtliche Stellung stärken sollen.

Information zum Verbraucher dienen

- ◆ als Grundlage von Kaufentscheidungen (z. B. Lebensmittelkennzeichnungsverordnung),
- ◆ für die Sicherheit und die Gesundheit,
- ◆ zum Schutz in bestimmten Rechtsgeschäften.

Wieso ist Verbraucherschutz wichtig?

Welche Aktivitäten, Maßnahmen und Gesetzesgrundlagen bestimmen den Verbraucherschutz?



Wie schützt der Staat Verbraucherinnen und Verbraucher?

Wer achtet auf die Einhaltung der Regelungen zum Verbraucherschutz?

© istock.com/kali9

Gruppe A



Wieso ist Verbraucherschutz wichtig?

Der Konsum von Waren und Dienstleistungen spielt in der heutigen Gesellschaft eine immer größere Rolle, man spricht geradezu von einer „Konsumgesellschaft“. Dies hängt damit zusammen, dass der Wohlstand seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs dauerhaft gestiegen ist und somit auch die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen zunimmt. Gleichzeitig hat sich die Stellung der Verbraucherinnen und Verbraucher in manchen Bereichen eher verschlechtert als verbessert.

Unternehmen sind den Verbraucherinnen und Verbrauchern gegenüber überlegen. Dies gründet in der zunehmenden **Unternehmenskonzentration** (z. B. im IT-Bereich). Außerdem fällt es Konsumentinnen und Konsumenten zunehmend schwerer sich zu orientieren, da das Angebot aufgrund der **Globalisierung** häufig unüberschaubar ist.

Zudem ist es Verbraucherinnen und Verbrauchern häufig nicht möglich, die zahlreichen Angebote im Hinblick auf Qualität, Preis usw. zu vergleichen. Auch werden angebotene Produkte immer komplexer. Wegen der wachsenden Verbreitung neuer Werkstoffe und Fertigungsverfahren reicht das vorhandene Wissen teilweise nicht aus, um etwaige damit verbundene Gefahren für Sicherheit oder Gesundheit zu beurteilen. Außerdem hat der Online-Handel stark zugenommen, sodass die persönliche Beratung der Kundinnen und Kunden durch den Einzelhandel zurückgegangen ist. Das Lesen der **AGBs** ist häufig mit großem Aufwand verbunden, zumal rechtliche Formulierungen das Verständnis erschweren. Des Weiteren versuchen Unternehmen durch gezielte Werbestrategien eher die potenziellen Käuferinnen und Käufer zu beeinflussen und so zum Kauf zu bewegen, anstatt sachliche Aufklärung zu betreiben. Firmen sind den Kundinnen und Kunden überlegen, da sie besser informiert sind und über mehr bedeutsames Wissen (z. B. rechtliches Fachwissen, detaillierte Kenntnis von Verträgen, etwaige Schwachstellen des Produkts usw.) verfügen. Man spricht hier von einer Informationsasymmetrie. Außerdem sind die Verbraucherinnen und Verbraucher den Anbietern unterlegen, weil sie weniger gut organisiert sind: In der Regel ist man als Konsumentin bzw. Konsument alleine beim Kauf eines Produktes, Unternehmen sind aber häufig in Verbänden zusammengeschlossen.

Verbraucherschutz betrifft die Menschen als Konsumentinnen und Konsumenten unmittelbar und direkt. Insbesondere wenn es um Arzneimittel und Lebensmittel geht, ist nicht nur der finanzielle und materielle Bereich betroffen, sondern auch die individuelle Gesundheit.



Unter **Unternehmenskonzentration** versteht man das Wachstum von Unternehmen durch Zusammenschlüsse mit anderen Unternehmen.

In der **Konsumgesellschaft** werden Bedürfnisse vor allem über den Konsum befriedigt, also über die Inanspruchnahme bzw. den Verbrauch von Dienstleistungen und Produkten.

Die **Globalisierung** hat zu einer vernetzten Welt geführt, was weitreichende Auswirkungen auf die Organisation der Produktion, den internationalen Handel und ausländische Investitionen, das Wirtschaftswachstum, den Arbeitsmarkt und viele weitere Aspekte der Wirtschaft mit sich bringt, wie ein wesentlich größeres Angebot.

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) sind vertragliche Klauseln, die zur Standardisierung und Konkretisierung von Massenverträgen dienen. Sie werden von einer Vertragspartei einseitig gestellt und bedürfen daher einer Kontrolle, um ihren Missbrauch zu verhindern.

Gruppe B

**Welche Aktivitäten, Maßnahmen und Gesetzesgrundlagen bestimmen den Verbraucherschutz?**

Unter Verbraucherschutz versteht man alle politischen und verbandlichen Aktivitäten und staatlichen Maßnahmen, die dazu dienen, die Position der privaten Konsumentinnen und Konsumenten gegenüber Unternehmen zu stärken. Die wichtigsten Problemfelder sind:

- a) sachliche Verbraucherinformationen und vertrauenswürdige Werbung
- b) ausreichender Wettbewerb
- c) klare, übersichtliche Preisgestaltung und faire Vertragsbedingungen
- d) ausreichende Informationen über die Qualität und Sicherheit der Produkte (z. B. Warentests)
- e) nicht-diskriminierende Haftungsregeln
- f) faire Regelung der Konsumentenkredite
- g) objektive Rechtsberatung
- h) Durchsetzung der dauerhaften Verbraucherrechte.

Gesetzliche Grundlagen für Verbraucherschutzmaßnahmen bilden in der Bundesrepublik Deutschland unter anderem das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb (UWG) und das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), das Verbraucherkreditgesetz, das Eichgesetz etc.

Die Interessen der Verbrauchenden werden in Deutschland durch die auf Bundes- und Landesebene organisierten Arbeitsgemeinschaften der Verbraucherverbände (AGV) vertreten, die in vielen Städten Beratungsbüros unterhalten. Diese tragen die Bezeichnung „Verbraucherzentralen“.



Gruppe C

**Wie schützt der Staat Verbraucherinnen und Verbraucher?**

In erster Linie schützt der Staat die Bürgerinnen und Bürger durch Gesetze, Verordnungen und andere rechtliche Bestimmungen, die letzten Endes durch politische Prozesse und Entscheidungen für alle verbindlich verankert werden.

Welche staatlichen Einrichtungen sind für den Verbraucherschutz verantwortlich?

Mit dem Organisationserlass von Bundeskanzler Olaf Scholz vom 8. Dezember 2021 ist in erster Linie das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz dafür verantwortlich. Zuvor war das Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz in der Verantwortung. Außerdem kümmert sich das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) um diese Aufgabe. Das BVL ist eine zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft gehörende Bundesoberbehörde, die in erster Linie für die Lebensmittelsicherheit zuständig ist. Zudem gibt es in den Ländern ebenfalls Ämter, Behörden, Institute und Ministerien, die sich mit Fragen zum Verbraucherschutz beschäftigen.

Gibt es nur in Deutschland Verbraucherschutz?

In vielen Ländern dieser Welt gibt es Regelungen zum Verbraucherschutz. Innerhalb der Europäischen Union werden eine Vielzahl an Gesetzen, Regelungen und Verordnungen erlassen, die die Verbraucherinnen und Verbraucher schützen sollen. Das Europäische Parlament hat bislang einige Verbraucherschutzmaßnahmen auf den Weg gebracht. Dies geschieht auf der folgenden rechtlichen Grundlage:

Artikel 114 und 169 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV).

Die folgenden Ziele verfolgt die EU, mit diesen Maßnahmen: „Gewährleistung eines einheitlich hohen Schutzes aller Verbraucher in der Union vor Risiken und Gefährdungen ihrer Sicherheit und wirtschaftlichen Interessen, und Verbesserung der Fähigkeit der Verbraucher, ihre eigenen Interessen zu wahren, und zwar unabhängig davon, wo sie in der EU leben, reisen oder einkaufen.“

Gruppe D



Wer achtet auf die Einhaltung der Regelungen zum Verbraucherschutz?

Stiftung
Warentest

gemeinnützig:
Das sind Tätigkeiten zur selbstlosen Förderung der Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet.

Piktogramm:
Eine bildliche Darstellung (Symbol oder Icon), die eine Information ohne Zusatz von Text verständlich macht.

Verbände zum Verbraucherschutz, wie z. B. die Stiftung Warentest, und andere Vereine achten darauf, dass die rechtlichen Regelungen eingehalten werden. Diese Organisationen unterstützen beispielsweise Verbraucherinnen und Verbraucher dabei, gegen Unternehmen Klage zu führen.

Von großer Bedeutung sind auch die deutschen Verbraucherzentralen. Diese sind auf Landesebene organisierte Vereine. Durch den staatlichen Auftrag widmen sie sich dem Verbraucherschutz und geben Beratung. Sie sind als **gemeinnützig** anerkannt und in der politischen Dachorganisation Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. (vzbv) zusammengeschlossen. Ihr Ziel ist es, die Verbraucherinnen und Verbraucher in Angelegenheiten des privaten Konsums zu informieren, zu beraten, zu unterstützen und bei Bedarf Rechtsbeistand zu leisten.

Als Verbraucherin bzw. Verbraucher hat man die Möglichkeit, bei der Verbraucherzentrale Beschwerde über Unternehmen, Produkte oder Anbieter einzureichen, um so die eigenen Interessen besser vertreten zu können. Zudem kontrollieren die Verbraucherzentralen das Handeln der Politik und sie versuchen die öffentliche Meinung zu beeinflussen, um so dem Verbraucherschutz mehr Gewicht zu verleihen.

Woran erkennt man als Verbraucherin bzw. Verbraucher, dass man „geschützt“ wird?

Verbraucherschutz ist so allgegenwärtig, dass dieser häufig gar nicht auffällt. Beispielsweise ist es für Konsumentinnen und Konsumenten ganz „normal“, dass in Geschäften die Preise ausgezeichnet sind und man sich über die Inhaltsstoffe bei Lebensmitteln informieren kann. **Piktogramme** verweisen auf besondere Gefahrenquellen. Bedienungsanleitungen geben Sicherheitshinweise. Arzneimittel werden vor der Zulassung intensiv geprüft. Allgemeine Geschäftsbedingungen klären über die genaue rechtliche Situation auf (und dürfen gleichzeitig nicht die Verbraucherin / den Verbraucher gegenüber geltenden Rechtsvorschriften benachteiligen).



Wo kann man sich informieren, wenn man Fragen zum Verbraucherschutz hat?

- ◆ Auf staatlicher Seite kann das Verbraucherportal genutzt werden: https://www.bmj.de/DE/Verbraucherportal/Verbraucherportal_node.html
- ◆ Zudem gibt es zahlreiche staatlich unterstützte Verbände, die zum Verbraucherzentrale Bundesverband zählen: <https://www.verbraucherzentrale.de/>
- ◆ Beratung und Information erhält man auch bei der Stiftung Warentest, die ebenfalls staatlich gefördert wird: <https://www.test.de/>

Es gibt noch eine Vielzahl weiterer Vereine, Verbände und Initiativen, welche die Verbraucherinnen und Verbraucher vor Benachteiligung schützen wollen.

Gibt es auch Kritik am Verbraucherschutz?

Häufig wird der Verbraucherschutz von Seiten der Unternehmen kritisiert, da dieser in die Vertragsfreiheit eingreift. Auch ist es teilweise schwierig das Verbraucherrecht durchzusetzen, da Klagen in der Regel mit viel Aufwand verbunden sind, sodass die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht von ihrem Recht Gebrauch machen. Außerdem wird beklagt, dass der Verbraucherschutz dazu führt, dass die Konsumentinnen und Konsumenten sich verantwortungslos oder leichtsinnig verhalten, weil sie Unternehmen durch Verbraucherschutzbestimmungen zur Verantwortung ziehen können und nicht selbst für ihr Verhalten einstehen müssen („moralische Versuchung“).



Laufzettel zum Gruppenpuzzle Verbraucherschutz

Arbeitsaufträge Gruppe A:

Erkläre, warum Verbraucherinnen und Verbraucher geschützt werden müssen.
Notiere Stichpunkte.

Hausaufgabe Gruppe A:

Notiere Gründe, die für eine Ausweitung des Verbraucherschutzes sprechen.

Arbeitsaufträge Gruppe B:

Erläutere, was man unter Verbraucherschutz versteht.
Notiere Stichpunkte.

Hausaufgabe Gruppe B:

Beschreibe, wie Unternehmen ihre Kundinnen und Kunden informieren können.

Arbeitsaufträge Gruppe C:

Beschreibe, wie der Staat Verbraucherinnen und Verbraucher schützt.
Notiere Stichpunkte.

Hausaufgabe Gruppe C:

Beschreibe, wie die Verbraucherinnen und Verbraucher in den Bereichen Lebensmittel und Arzneimittel konkret geschützt werden.

Arbeitsaufträge Gruppe D:

Beschreibe, wie sich die staatlichen Maßnahmen für Verbraucherschutz zeigen.
Notiere Stichpunkte.

Hausaufgabe Gruppe D:

Notiere weitere Beispiele, wie Verbraucherinnen und Verbraucher geschützt werden.

Aufgabe



In der Econovela geht es um Verbraucherschutz und um Anlaufstellen, bei denen sich Verbraucherinnen und Verbraucher informieren können. Nun beschäftigt ihr euch mit Texten, die euch weitere Informationen zum Verbraucherschutz geben.

- Bildet Stammgruppen und teilt die Expertentexte (A – B – C – D) auf die Gruppenmitglieder auf. Arbeitet zunächst die wichtigsten Informationen aus eurem Text heraus. Markiert wichtige Informationen.
- Begeht euch nun in eure Expertengruppen (A – B – C – D), die alle denselben Text bearbeitet haben. Vergleicht eure Ergebnisse und tauscht euch über euren Text aus. Erstellt in Gruppenarbeit eine Lösung für eure Aufgabe mithilfe des Laufzettels.
- Nun kehrt ihr wieder in eure Stammgruppe zurück. Tauscht euch über eure Ergebnisse aus und notiert die wichtigsten Punkte. Bereitet anschließend eine Präsentation der Ergebnisse vor.
- Wo würdet ihr euch informieren, wenn ihr Fragen zum Verbraucherschutz habt? Fällt euch ein Kritikpunkt am Verbraucherschutz ein?





Arbeitsblatt: Wie gut kennst du dich mit Verbraucherschutz aus?

Aussage	Richtig ✓	Falsch ✗	Wenn falsch: So ist es richtig.
Große Konzerne kaufen andere Unternehmen auf. Dadurch steigt die Marktmacht, die diese Konzerne haben.	●	●	
Konsumentinnen und Konsumenten fällt es meistens leicht, Produkte hinsichtlich ihrer Qualität zu beurteilen.	●	●	
Die starke Zunahme des Online-Handelns führt dazu, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht optimal informiert sind.	●	●	
Die Kennzeichnung von Inhaltsstoffen bei Lebensmitteln zählt auch zum Verbraucherschutz.	●	●	
Gesetzliche Grundlage für den Verbraucherschutz ist das Verbraucherschutzgesetz.	●	●	
Der Verbraucherschutz wird von der Regierung in einem Ministerium verantwortet.	●	●	
Die Verbraucherzentrale Bundesverband wird von Politikerinnen und Politikern geleitet.	●	●	
Schulische Bildung trägt dazu bei, dass die Konsumentinnen und Konsumenten „von morgen“ besser informiert sind.	●	●	

Aufgabe



4 Du hast dich nun umfassend mit dem Thema Verbraucherschutz beschäftigt. Prüfe, wie gut du dich mit Verbraucherschutz auskennst und entscheide, ob die gemachten Aussagen auf dem Arbeitsblatt stimmen. Stelle falsche Aussagen richtig.

M3

Verbraucherpolitische Ziele der Bundesregierung

Nutri-Score = eine erweiterte Nährwertkennzeichnung. Er bewertet den Nährwert eines verarbeiteten oder vorverpackten Lebensmittels. Das geschieht beim **Nutri-Score** anhand einer fünfstufigen Farb- und Buchstaben-Skala.

Die Bundesregierung will die hohen Verbraucherschutzstandards sichern und weiter ausbauen. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen umfassend geschützt werden: im Wirtschafts- und Finanzleben und ebenso im Bereich der Gesundheit. Zugleich ist ihre Eigenverantwortlichkeit zu stärken. Dafür sind gesetzliche Regelungen, effektive Instrumente zur Durchsetzung der Verbraucherrechte sowie mehr und zielgruppenspezifische Informationen erforderlich.

Insgesamt gibt es im Koalitionsvertrag annähernd 100 Vorhaben, die die Situation der Verbrauchenden konkret verbessern sollen.

Alle Bürgerinnen und Bürger sollen sich sicher, gesund und nachhaltig ernähren können. Dafür wird die Bundesregierung mit allen Akteuren bis 2023 eine Ernährungsstrategie entwickeln, deren Schwerpunkt auf Kindern liegt. **So soll an Kinder gerichtete Werbung für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- und Salzgehalt verboten werden.** Für eine bessere Orientierung der Verbrauchenden soll das **Nutri-Score**-Kennzeichen EU-weit weiterentwickelt und ein verbindliches Tierhaltungskennzeichen mit verbindlichen EU-weit einheitlichen Standards eingeführt werden. Ebenso eine umfassende Herkunftskennzeichnung.



Quelle: Bundesregierung, 2021 | <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/verbraucherpolitische-ziele-1994124> (aufgerufen am 04.01.2022)



Pro: Argumente für ein Werbeverbot

In Europa sind bei Kindern und Jugendlichen sogenannten Zivilisationskrankheiten auf dem Vormarsch. Dazu zählen beispielsweise Karies, Diabetes mellitus („Zuckerkrankheit“), Bluthochdruck, Herz- und Gefäßkrankheiten, Übergewicht (= Adipositas) und einige weitere Erkrankungen. Es ist in der Regel nicht möglich, eindeutige Ursachen zu benennen. Man geht von einem Zusammenspiel aus erblicher Veranlagung, Lebensgewohnheiten und Umwelteinflüssen aus. Medizinisch geklärt ist jedoch, dass der erhöhte Konsum von Zucker das Auftreten der oben genannten Erkrankungen steigern kann, weshalb unter anderem die Deutsche Gesellschaft für Ernährung und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) eine Verringerung der Zuckermenge auf höchstens 10 % der Gesamtenergie der Nahrung fordern. Aber: Die meisten Kinder und Jugendliche mögen zucker- und fetthaltige Speisen. Dies ist eine Folge der menschlichen Evolution. Die Menschheit hat in ihrer Entwicklungsgeschichte immer Nahrungsangebote vollkommen nutzen müssen. Zucker (Kohlenhydrate) und Fette sind sehr energiereich und nahrhaft. Heutzutage ist der Kühlschrank gefüllt und die Regale im Supermarkt sind voll, aber das Erbe der menschlichen Evolution ist immer noch vorhanden und lässt sich nicht per Knopfdruck ausschalten. Vielen Menschen fällt es da nicht leicht, bewusst „Nein“ zu sagen. Kinder und Jugendliche können daher durch ein Werbeverbot geschützt werden. Dies würde nämlich dazu führen, dass zuckerhaltige Lebensmittel nicht ständig angepriesen und in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gestellt werden. Denn allein im Fernsehen ist die Zahl der Werbespots pro Stunde seit 2007 um 30 Prozent gestiegen. Ungewollt konsumieren Kinder dadurch Werbung, die ihnen Softdrinks, Snacks, Desserts oder Süßigkeiten schmackhaft machen soll. Je ungesünder das

Lebensmittel sei, desto mehr Marketing für die Zielgruppe Kind wird betrieben. „Aus den Augen, aus dem Sinn“ ist ein Grundsatz, der einen verantwortungsvollen Umgang mit sehr energiereichen Speisen erleichtert.

Nun verschärft der Zentralverband der Deutschen Werbewirtschaft (ZAW) seine Regeln (voraussichtlich ab Juni 2022) für Werbung für Lebensmittel, die besonders fett-, salz- oder zuckerhaltig sind.



Um Kinder und Jugendliche besser zu schützen, wird dabei unter anderem das Alter der Zielgruppe angehoben, für die die Werbebeschränkungen gelten: von 12 auf 14 Jahre. Neu ist außerdem, dass Werbung für Lebensmittel mit hohem Fett-, Salz- oder Zuckergehalt nicht mehr auf gesunde Inhaltsstoffe wie Calcium oder Vitamine hinweisen darf.

Die Bewerbung von Lebensmitteln sollte sich an den Nährwertempfehlungen der WHO (Weltgesundheitsorganisation) orientieren, um Kinder und Jugendliche vor Fehlernährung zu schützen. Aufgabe des Staates ist es, vermeidbare Gefahren abzuwenden, um so die Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Wenn durch ein Werbeverbot für zuckerreiche Lebensmittel die Kosten für das Gesundheitswesen, die durch Diabetes, Karies, Adipositas und andere Krankheiten verursacht werden, gesenkt werden können, dann hat die ganze Gesellschaft davon einen Nutzen.

Contra: Argumente gegen ein Werbeverbot

Die Position des **BDSI** (Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie e. V.) kurzgefasst:

- ◆ Süßwaren sind genussbringende Produkte für die kleinen Freuden im Alltag. In Maßen genossen haben sie daher, wie jedes andere Lebensmittel auch, in einer ausgewogenen Ernährung ihren Platz.
- ◆ Die Fokussierung bei der Prävention und Verminderung von Übergewicht auf nur eine Facette wie die der Ernährung oder gar den Süßwarenkonsum ist erwiesenermaßen nicht zielführend. Es bedarf aus Sicht des BDSI gesamtgesellschaftlicher Anstrengungen, um die Menschen von klein auf mit Handlungskompetenzen in allen Lebensbereichen vertraut zu machen. **Verbote von oder Warnungen vor dem Verzehr einzelner Lebensmittel** u. ä. sind Scheinlösungen. Erfolgversprechender als bevormundende Ansätze ist eine positive Anleitung zu einem gesundheitsförderlichen Lebensstil. [...]
- ◆ Werbung ist ein unverzichtbares Element der **freien Marktwirtschaft**. Sie dient der Information des Verbrauchers und ist eine existenzsichernde Basis für freie und unabhängige Medien. **Werbung für Lebensmittel einzuschränken oder gar zu verbieten**, verfehlt das Ziel. [...] Lebensmittelwerbung gegenüber Kindern ist bereits heute durch zahlreiche gesetzliche Regelungen und freiwillig auferlegte Selbstbeschränkungen ausreichend geregelt. Kinder vor Werbung abzuschirmen, ist nicht der richtige Weg,

Freie Marktwirtschaft ist eine Wirtschaftsordnung mit dezentraler Planung und Lenkung der wirtschaftlichen Prozesse, die über Märkte mittels des Preismechanismus koordiniert werden.

denn sie ist Teil ihres Alltags. Aus Sicht des BDSI sind Initiativen zur Vermittlung von Medien- und Werbekompetenz bei Kindern und Jugendlichen unabdingbar.

- 20 ♦ Die Süßwarenindustrie bietet eine große Vielfalt unterschiedlicher Produkte an. Sie begreift sich wandelnde Verbraucherwünsche als Chance, entwickelt das Produktangebot stetig fort und reagiert auf neue Bedürfnisse / Erkenntnisse. Neben den klassischen, traditionellen Produkten, die seit Jahren erfolgreich am Markt sind und unverändert bestehen bleiben dürfen müssen, gibt es eine Reihe von Varianten mit
- 25 reduziertem Zucker-, Fett- bzw. Salzgehalt, gluten- und laktosefreie Erzeugnisse sowie weitere innovative Produkte. Süßwaren, Knabberartikel und Speiseeis gibt es zudem in den unterschiedlichsten **Portions- bzw. Verpackungsgrößen**, darunter auch viele kleine und wiederverschließbare Verpackungen. Die Entwicklung von **Rezepturen** liegt in der Selbstverantwortung der Unternehmen, in die nicht gesetzlich eingegriffen werden darf.
- 30 ♦ Die Lebensmittelinformations-Verordnung (LMIV) stellt – zusätzlich zu den Angaben in den Zutatenlisten – für den Verbraucher ein hohes Maß an Produkttransparenz hinsichtlich Energie und enthaltener Nährstoffe wie Kohlenhydrate, Zucker, Fett, gesättigte Fettsäuren, Eiweiß und Salz sicher. [...]


Quelle: Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie e. V., <https://www.bdsi.de/verband/positionen/ernaehrungs-lebensstil/entstehung-von-uebergewicht-und-daraus-abgeleiteten-massnahmen-der-politik/>

Der **BDSI** ist Ansprechpartner in allen süßwarenspezifischen Fragestellungen in den Feldern Lebensmittel- und Kennzeichnungsrecht, Qualität, Gesundheit und Verbraucherschutz. Der BDSI wahrt die Brancheninteressen gegenüber der nationalen und der EU-Gesetzgebung.

Aufgabe



5

- a) Lies den Text „Verbraucherpolitische Ziele der Bundesregierung“ aufmerksam durch.
- b) Begründe, ob es sich bei den geplanten Maßnahmen um eine Lockerung oder eine Verschärfung des Verbraucherschutzes handelt.
-  c) Bereite mit deiner Klasse eine Fishbowl-Diskussion vor, die sich mit der folgenden Fragestellung beschäftigt:

Ist der Verzicht auf kinderorientierte Werbung für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- und Salzgehalt ein sinnvolles Mittel, um Verbraucherinnen und Verbraucher besser zu schützen?

Um überzeugend zu argumentieren, ist es erforderlich, dass du die Informationstexte Pro und Contra: Argumente für und gegen ein Werbeverbot aufmerksam liest. Notiere Argumente in Stichpunkten. Selbstverständlich darfst du eigene Argumente ergänzen.